Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/135
09.03.2006

Hauptausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

9. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:55 Uhr bis 11:00 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde 1

hier: **„Eiszeit in der Kommunikation zwischen der Landesregierung und den Hauptpersonalräten?“** (Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 21. Februar 2006)

- Bericht des Chefs der Staatskanzlei und Staatssekretärs für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff

- Kurze Diskussion

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 14/1000

- Einführungsbericht zu Einzelplan 02 - Ministerpräsident/Staatskanzlei

- Einführungsbericht zu Einzelplan 01 - Landtag

- Kurze Diskussion

3 Verfahrensabsprachen 7

a) Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/719

Information 14/128

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst die Korrektur des Bundeswahlgesetzes abzuwarten und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen solange ruhen zu lassen.

b) „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Erinnerung an Weltjugendtag bewahren 7

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/212

Vorlage 14/306

- Diskussion

Seite

c) Kirchengebäude erhalten statt abreißen! 8

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1108

Der Ausschuss verständigt sich auf die Durchführung eines Expertengesprächs. Die Vorbereitungen dazu sollen den Obleuten obliegen.

4 Europafähigkeit der Kommunen in NRW weiter unterstützen 9

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/694

- Diskussion

Die Fraktionen verständigen sich darauf, heute über den Antrag abzustimmen.

Anschließend stimmt der Ausschuss über den von Sylvia Löhrmann eingebrachten und von der SPD-Fraktion mitgetragenen Änderungsantrag betreffend die Ziffer III des Antrages ab. Dort solle es in den ersten beiden Sätzen heißen: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in NRW eine gemeinsame Handlungsstrategie zur Europafähigkeit der Kommunen zu entwickeln. Sie sollte unter anderem enthalten: …“ Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Dann lehnt der Ausschuss, ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag Drucksache 14/694 in seiner Ursprungsfassung ab.

5 NRW muss den Veränderungsprozess der EU-Dienstleistungsrichtlinie mitgestalten 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/869

In Verbindung damit:

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Abwärtsspirale bei Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards verhindern!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/879

- Ausführliche Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/869 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD ab.

Anschließend lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/879 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Vorsitzende hält fest, dass der Ausschuss weitere Informationen der Landesregierung zu dieser Thematik wünscht. Sie sollen schriftlich erfolgen.

6 Die europäische Reflexionsphase für Nordrhein-Westfalen optimal nutzen: Dem europäischen Integrationsprozess neuen Schwung verleihen 16

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/875

In Verbindung damit:

Die europäische Idee gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens weiter entwickeln - Europawoche zum Dialog nutzen

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/915

- Bericht eines Mitarbeiters der Staatskanzlei

- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, die Abstimmung über beide Anträge zu verschieben, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss billigt dann den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 14/875 mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Abschließend lehnt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/915 ab.

7 DAB-Konzentration aller Kräfte für die schrittweise Digitalisierung des Radiobetriebs 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/870

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Punkt in der Sitzung am 23. März zu behandeln.

8 Die Chancen der Digitalisierung für NRW nutzen - DVB-T in konzertierter Aktion stärken 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/871

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Punkt in der Sitzung am 23. März zu behandeln.

Seite

9 Verschiedenes 20

hier: **Zusätzliche Sitzung des Hauptausschusses**

Eine zusätzliche Sitzung des Hauptausschusses zur Abstimmung über die Anträge zum Haushaltsentwurf soll nach dem Willen aller Fraktionen am 29. März von 10:30 Uhr bis 11.30 Uhr stattfinden.

*****

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 14/1000

- Einführungsbericht zu Einzelplan 02 - Ministerpräsident/Staatskanzlei
- Einführungsbericht zu Einzelplan 01 - Landtag

Der Einführungsbericht des **Chefs der Staatskanzlei und Staatssekretärs für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK),** zum **Einzelplan 02** kann der **Vorlage 14/352** entnommen werden.

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin,** berichtet als Einführung zum **Einzelplan 01** wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst die Gesamtentwicklung des Einzelplans 01 dar und begründe die zwangsläufigen Mehrausgaben durch den Wahlperiodenwechsel und die Diätenreform. Anschließend verweise ich auf einen Änderungswunsch im Haushaltsgesetz, der aus verfassungsrechtlicher Sicht unabänderlich ist.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Entwurf des Landtagshaushalts mit einem Gesamtvolumen von rund 95 Millionen € vor. Das sind 5,8 Millionen € Steigerung gegenüber dem Jahr 2005. Damit kommt sofort die Frage auf, ob dieser Landtagshaushalt im Einklang mit den Einsparungserfordernissen im Landeshaushalt steht. Darauf kann ich nur eindeutig mit ja antworten, denn im Landtagshaushalt wird bei verschiedenen Positionen deutlich gekürzt.

Zunächst zur Frage, weshalb der Gesamtansatz überhaupt steigt. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Die Ausgaben des Landtags steigen systembedingt bei jedem Wahlperiodenwechsel an. So sind im Jahre 2006 Übergangsgelder für die ausgeschiedenen Abgeordneten in Höhe von 4,3 Millionen € zu zahlen. Dies sind 1,4 Millionen € mehr als im Jahr 2005.

   Des Weiteren erhöhen sich die Ausgaben für die Versorgung der Abgeordneten und in Folge auch die Ausgaben für Beihilfen und Krankenversicherungszuschüsse um 0,5 Millionen €.

2. Es sind die Auswirkungen der Diätenreform zusätzlich zu veranschlagen. 2005 wirkte sich die Reform ja nur für knapp sieben Monate aus. Für 2006 ist dann erstmals ein gesamter Jahresbetrag einzustellen. Das bedeutet rund 2 Millionen € Mehrbedarf gegenüber 2005. Davon fließt ein Teil wieder an

den Landeshaushalt zurück, da die Diäten künftig in vollem Umfang steuerpflichtig sind.

3. Ebenfalls wahlbedingt steigen die Ausgaben für die Parteienfinanzierung. Diese Ausgabensteigerung ist auf die gestiegene Wahlbeteiligung im Jahr 2005 zurückzuführen. Auch ist durch die starken Veränderungen bei den Wahlergebnissen noch eine höhere Nachzahlung im Jahre 2006 fällig, sodass insgesamt mehr als 800.000 € zusätzlich benötigt werden. 2007 wird auch dieser Ansatz wieder zurückgehen, da dann nur noch die laufenden Zahlungen fällig sind.

4. Weiter zu nennen sind:

   Mehrausgaben für die zweite Enquetekommission von 0,8 Millionen €, Mehrausgaben für die Anmietung der IT-Ausstattung von 0,8 Millionen € und einige kleinere Ansätze, die ich jetzt übergehe.

   Dies bedeutet in der Summe ein deutliches Plus an zwangsläufigen Ausgaben gegenüber der Etatsteigerung von 5,8 Millionen €.

Das ist die eine Seite der "Etatbilanz".

Die zweite Seite ist eine deutliche Sparanstrengung des Landtags. Dafür will ich einige Beispiele nennen:

Aufgrund der Verkleinerung des Landtags werden Jahr für Jahr 3,7 Millionen € eingespart werden. Das sind mehr als 10% der für die Mitglieder des Landtags veranschlagten Ausgaben.

Die Diätenreform führt zwar im Moment zu einer Mehrbelastung des Haushalts. Dafür werden aber später einmal die deutlich höheren staatlichen Versorgungsleistungen entfallen. So wird - wenn auch zeitversetzt - der Landeshaushalt weiter entlastet.

Die Landtagsverwaltung wird weiter verkleinert. Bereits in der Vergangenheit wurden aufgrund der Organisationsuntersuchung sieben Stellen eingespart.

Durch die Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten sind weitere sechs Stellen in der Landtagsverwaltung entfallen. Im Rahmen der 1,5-prozentigen Einsparauflage, die auch die Landtagsverwaltung erfüllen muss und erfüllen wird, werden im Haushalt 2006 nochmals 25 kw-Vermerke ausgewiesen. Das macht jetzt schon ein Minus von 38 Stellen.

Mit dem Stellenabbau verringern sich natürlich auch die Personalkosten. Sie sinken um eine Viertelmillion Euro, und dies trotz eines Mehrbedarfes für die zweite Enquetekommission.

Bezogen auf die eigentliche Landtagsverwaltung sinken die Personalkosten sogar um eine halbe Million Euro.

Der Landtag hat zwei Enquetekommissionen beschlossen. Veranschlagt haben wir hierfür nur die reinen Personalkosten von Verwaltung und Fraktionen

sowie die Kosten der externen Mitglieder und Sachverständigen. Alles andere erwirtschaften wir durch Einsparungen im sonstigen Haushalt.

Einen Sparbeitrag von über 400.000 € erbringen die Fraktionen und die Kommunalpolitischen Vereinigungen. Auch sind die Verfügungsmittel der Präsidentin und der Vizepräsidenten gekürzt worden.

Schließlich müssen wir zusätzlich noch eine globale Minderausgabe von 637.400 € erwirtschaften; also insgesamt eine beachtliche Leistung zur Reduzierung der Ausgaben.

Damit zeigen sich im Landtagshaushalt deutliche Kürzungen und Einspareffekte.

Abschließend möchte ich einen aus unserer Sicht sehr misslichen Punkt ansprechen: zwar fast unscheinbar im Haushaltsgesetz eingeführt, aber mit erheblichen Auswirkungen, was das gegenseitige Verhältnis und Rollenspiel zwischen Landesregierung und Landtag betrifft, also den Umgang zweier Verfassungsorgane miteinander.

Schon das bisherige Gesetz sah eine 24-monatige Stellenbesetzungssperre vor. Hiervon konnten neben der Personalagentur auch der Landesrechnungshof und wir als Landtag selbstständig Ausnahmen zulassen. In einigen wenigen Fällen haben wir von dieser Regelung Gebrauch gemacht, insbesondere bei Funktionsstellen, die kurzfristig wiederbesetzt werden müssen, um die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes nicht zu gefährden.

Künftig sieht das Haushaltsgesetz vor, dass wir jeweils das Finanzministerium um das Einvernehmen, also praktisch um Zustimmung bitten müssen.

Das ist verfassungsrechtlich nicht darstellbar. Unsere Landesverfassung sieht vor, dass über Einstellungen die Präsidentin mit dem Präsidium befindet, und nicht das Finanzministerium.

Ich will die verfassungsrechtlichen Aspekte - Gewaltenteilung etc. - nicht weiter ausleuchten, sondern Sie - auch im Namen der Präsidentin - bitten, für den Landtag die alte Rechtslage wieder herzustellen. Für Ihre Abstimmungssitzung werden wir einen entsprechenden Formulierungsvorschlag vorbereiten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) verleiht ihrer Verwunderung über das von Direktor Jeromin angesprochene, vom Finanzminister vorgesehene Verfahren in punkto Stellenbesetzungen Ausdruck.

Vermisst habe sie bei den Ausführungen zum Einzelplan 02 Erläuterungen zu der Entwicklung in den Personalkapiteln. Aus stehe im Übrigen ohnehin noch eine Antwort von Minister Breuer zur Besetzung der Leiterstelle der Landesvertretung in Brüssel. Diese Antwort zu geben sei der Minister im Plenum nicht in der Lage oder willens gewesen.

Nicht nachzuvollziehen vermöge sie den eklatanten Anstieg der Mittel für wissenschaftliche Beratung und die Erhöhung der Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit. Insbesondere Letzteres widerspreche dem vom Ministerpräsidenten propagierten Grundsatz, jeder bekäme die Einsparmaßnahmen zu spüren.

Wolfram Kuschke (SPD) wendet sich der Reduzierung der Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung zu und möchte wissen, wie sich diese im Einzelnen auswirke.

Was die Kofinanzierung von EU-Programmen anbelange, wäre es hilfreich, würde dieses Thema auch im Hauptausschuss als dem für Europaangelegenheiten zuständigen Gremium behandelt.

Die Vorschläge betreffend die Bezuschussung des Evangelischen Kirchentages würden von der SPD-Fraktion sicherlich wohlwollend aufgegriffen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit teile er die Einschätzung von Sylvia Löhrmann, vor allem unter dem Gesichtspunkt der ohnehin bestehenden Deckungsfähigkeit, was zu einem weiteren Anwachsen dieses Ausgabenblocks führen könnte.

Er bitte, die von Sylvia Löhrmann und ihm genannten Punkte für die Beratung in der nächsten Sitzung aufzunehmen.

Marc Jan Eumann (SPD) hat die Ausführungen zum Medienkapitel - mit Ausnahme des Hinweises auf die Filmstiftung - als nicht besonders ergiebig empfunden.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf laufe im Bereich Medien und Telekommunikation in weiten Teilen konträr zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten auf dem Medienforum. Dies gelte in erster Linie für die Filmstiftung. Nicht bestreiten wolle er zwar die schon von der alten Landesregierung in den letzten Jahren vorgenommenen Kürzungen. Mit den von der neuen Landesregierung jetzt eingebrachten Einsparungen - diese beträfen zuvörderst die Filmstiftung, aber auch das Feld „Aus- und Fortbildung im Medienbereich, Medienkompetenz“, Kap. 02 200, Titelgruppe 60, mit einer Absenkung des Ansatzes um 50 % - sei jedoch eine Grenze überschritten worden.

Im Erläuterungsband finde sich zu seinem Erstaunen derselbe Text wie in den Vorjahren. Mit keinem Wort werde also auf die massiven Einschnitte Bezug genommen, sondern im Gegenteil: Beim Lesen des Erläuterungsbandes gewinne man den Eindruck, die Mittel wäre stattdessen um 50 % aufgestockt worden.

Von daher wünsche die SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung Erläuterungen, welche Programme die Landesregierung in Zukunft aus den Geldern dieser Titelgruppe zu fördern beabsichtige.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erklärt sich mit einer schriftlichen Beantwortung ihrer Frage nach der Besetzung der Leiterstelle in der Landesvertretung in Brüssel einverstanden.